

Stellungnahme Bürgerforum Backnang zum Haushaltsplanentwurf 2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

wir beraten heute über den Haushaltsplan 2026 der Stadt Backnang – ein Zahlenwerk, das uns alle alarmieren muss. Zwar konnte ein nicht genehmigungsfähiger Haushalt knapp verhindert werden, doch was uns vorliegt, ist kein normaler Haushalt. Es ist ein Dokument der finanziellen Zerreißprobe.

Der Ergebnishaushalt weist ein Defizit von **über 10,6 Millionen Euro** aus. Das ist kein einmaliger Ausrutscher, sondern ein strukturelles Problem. Wir verbrauchen in einem Jahr mehr als 10 Millionen Euro an Ressourcen, die wir nicht erwirtschaften. Wir leben von der Substanz – und diese Substanz ist bald aufgebraucht.

Besonders gravierend ist der **negative Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit** von **minus 3,25 Millionen Euro**. Das bedeutet: Wir erwirtschaften nicht einmal genug Geld, um unsere täglichen Rechnungen und das Personal bezahlen zu können –geschweige denn Investitionen oder Tilgungen. Ein solcher Haushalt ist nicht strukturell ausgeglichen.

Noch dramatischer ist die **Dynamik der Verschuldung**. Wir starten in diesem Jahr mit rund **15,3 Millionen Euro Schulden** und enden voraussichtlich mit **48,8 Millionen Euro**. Das ist eine Verdreifachung – und das in Zeiten, in denen wir nicht einen einzigen Euro zur Tilgung erwirtschaften. In der mittelfristigen Finanzplanung steigen die Schulden von **2,5 Millionen Euro (2023)** auf **über 63 Millionen Euro (2028)**. Das ist eine **Ver-25-fachung** in fünf Jahren.

Die **Pro-Kopf-Verschuldung** des Kernhaushalts steigt von **277 Euro (2024)** auf **über 1.820 Euro (2029)**. Rechnet man die Eigenbetriebe hinzu, liegt die Belastung pro Einwohner am Ende des Jahrzehnts bei fast **2.800 Euro**. Das hat mit Generationengerechtigkeit nichts mehr zu tun.

Gleichzeitig steuern wir auf **Zinslasten von fast 2 Millionen Euro jährlich** zu. Geld, das uns bei Kitas, Schulen, Vereinen und Infrastruktur fehlen wird. Wir finanzieren heutige Projekte, indem wir die Handlungsfähigkeit unserer Kinder und Enkel einschränken.

Hinzu kommt ein **Kassenkreditrahmen von 20 Millionen Euro** – ein deutliches Zeichen, dass die Verwaltung mit erheblichen Liquiditätsengpässen rechnet.

Auch die Personalaufwendungen steigen auf über 50 Millionen Euro – deutlich mehr als die Tarifsteigerungen. Wir müssen uns fragen, ob jeder Stellenzuwachs in dieser Lage noch vertretbar ist. Dazu gehört auch ein **klarer und transparenter Stellenplan**. Jede Stelle muss dort geführt werden, wo die Person tatsächlich arbeitet. Nur so kann der Gemeinderat seine Kontrollfunktion wahrnehmen. Nach unserer Wahrnehmung ist dies derzeit nicht durchgängig der Fall.

Wir wollen Backnang voranbringen. **Aber können wir uns in dieser Situation ein Investitionsprogramm von fast 30 Millionen Euro leisten?** Wir bauen auf Pump und hoffen auf bessere Zeiten. Doch Hoffnung ist kein Konzept.

Besorgniserregend ist zudem das **Ungleichgewicht zwischen Erhalt und Neubau**. Die bestehende Infrastruktur bedarf der Wartung und Sanierung. Unsere Straßen gleichen mancherorts einem Schweizer Käse. Schlaglöcher werden größer, weil sie im Herbst nicht geflickt wurden.

Das ist nicht nur unschön, sondern gefährlich – besonders für Radfahrer. **Stattdessen wird ein neuer Radweg von 900 Metern Länge für über 1 Million Euro gebaut.**

Um es klar zu sagen: Wunschprojekte wie die Verkehrsberuhigung der Grabenstraße können wir uns erst leisten, wenn die grundlegenden Mängel im Straßennetz behoben sind.

Auch beim **Ausbau der Stromkapazitäten** sind wir gefordert. Wärmepumpen und E-Autos werden den Bedarf weiter erhöhen. Es reicht nicht, die Menschen zum Umstieg zu motivieren – wir müssen die verlässliche Infrastruktur dafür bereitstellen.

Dies alles mit einer strengen Planungs- und Ausgabendisziplin. Bei der **Brücke über die Weissach** müssen wir aufpassen, dass diese in Anlehnung an Stuttgart nicht unser Backnang²¹ wird. Die Kosten haben sich bereits in der Planungsphase auf über 3 Millionen Euro nahezu verdoppelt. Der geplante Baubeginn liegt bereits weit in der Vergangenheit. Die nun hoffentlich bald ansehende Bauzeit wird eine enorme Belastung für die Bürgerinnen und Bürger in Sachsenweiler. **Umso wichtiger ist eine strenge zeitliche und finanzielle Bauaufsicht.**

Backnang lebt von einer aktiven Bürgerschaft – in Vereinen, Feuerwehr, THW, DRK und vielen anderen. Dieses Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung. Zudem gibt es weitere Potenziale in der Bürgerschaft, die sich anbieten und genutzt werden können. Umso unverständlicher ist es, dass die seit Langem **zugesagte Ehrenamtsbörse noch immer nicht umgesetzt wurde.**

Ein positives Beispiel für Bürgernähe ist der **Bürgerservice** der Stadtverwaltung. Die telefonische Erreichbarkeit und Hilfsbereitschaft verdienen ausdrücklich Lob. Bei allem Bestreben zur Einführung von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung darf diese den wertvollen Kontakt von Mensch zu Mensch nicht ersetzen. KI ist kein Allheilmittel. Bevor neue Technik eingeführt wird, müssen Nutzen und Kosten, Chancen und Risiken klar sein. Oft ist es wichtiger, bestehende Abläufe zu optimieren. **Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass allein mit mehr Personal strukturelle Defizite in Verwaltungsprozessen behoben werden können.** Eher das Gegenteil ist der Fall. Diese werden damit zementiert.

Wir brauchen Mut, alte Zöpfe abzuschneiden. Die Gemeindereform von 1972 liegt über 50 Jahre zurück, und dennoch leisten wir uns Stadtteilgeschäftsstellen, obwohl dort immer weniger Aufgaben erledigt werden können und digitale Angebote längst verfügbar sind. Unser Vorschlag auf die aufwändige Renovierung der Stadtteilgeschäftsstelle in Steinbach zu verzichten, das übrigens bereits 1941, also vor 85 Jahren(!), nach Backnang eingegliedert worden war, und **stattdessen dort Wohnraum zu schaffen und die Bürgerschaft aller Teilorte mit einer kostensparenden mobilen Lösung zu versorgen, wurde leider nicht aufgegriffen.** Nun stehen dort 1,7 Mio. Euro Renovierungskosten an für eine Außenstelle, die wir uns eigentlich nicht leisten können. Ganz abgesehen von notwendigem Personal und der Technik.

Gleichzeitig investieren wir viel Geld in das Onlinezugangsgesetz, damit Bürgerinnen und Bürger Behördengänge digital erledigen können – und halten dennoch an Strukturen fest, die aus einer anderen Zeit stammen. Ein Paradoxon!

Immerhin wurde die Teilnahme an der CMT-Messe gestrichen – ein Schritt, den wir bereits im Vorjahr gefordert hatten, der damals aber kein Gehör gefunden hat. Gut, dass die Verwaltung zumindest ein Jahr später zur selben Einsicht kommt.

Fazit:

Das Regierungspräsidium hat die **Haushaltsnotlage** der Stadt förmlich anerkannt. Das ist der finanzielle Offenbarungseid für unsere Stadt Backnang. Wir stehen unter verschärfter Aufsicht – vergleichbar mit einer Schuldnerberatung unter staatlicher Kontrolle. Das muss jedem hier klar sein!

Wir brauchen jetzt ein **echtes Haushaltssicherungskonzept** mit klaren Maßnahmen. Dies ist unsere gemeinsame Verantwortung in dieser Lage. Ein bloßes Erhöhen von Gewerbe- und Grundsteuer ab 2027 wird nicht reichen. Auch nicht die Festsetzung geplanter Rekordeinnahmen bei Verwarn- und Bußgeldern von mehr als 1, 6 Mio. Euro. Es reicht nicht auszuschauen, wo zusätzliche Gelder vereinnahmt werden können. **Wir müssen an erster Stelle schauen, wo wir als Stadt sparen können. Wir müssen die internen Abläufe auf Effizienz prüfen und allerorts klare Prioritäten setzen.** Backnang muss attraktiv bleiben für Bürgerschaft und Gewerbe. Die notwendigen Maßnahmen liegen auf der Hand.

Wir brauchen:

- eine **kommunale Schuldenbremse**,
- ein **Einstellungsmoratorium**,
- eine **strenge Priorisierung der Investitionen**,
- eine **klare Trennung zwischen Pflichtaufgaben und Wünschenswertem**,
- eine **Hand-in-Hand Kooperation von kommunalem Ordnungsdienst und Landespolizei** insbesondere an kritischen Orten zu kritischen Zeiten. Sicherheit ist ein wesentlicher Standortfaktor für Gewerbe und für Private und darf nicht einer Schwerpunktverlagerung angesichts der deutlichen Erhöhung des Einnahmen-Ansatzes für Verwarnungs- und Bußgelder zum Opfer fallen,
- und eine Initiative zum **Abbau von Bürokratie** und zur Optimierung von Verwaltungsprozessen unter Beteiligung von Verwaltung, Bürgerschaft und Gemeinderat.

Wenn wir jetzt nicht handeln, wird uns die Kommunalaufsicht in wenigen Jahren das Heft des Handelns aus der Hand nehmen. Wir tragen Verantwortung für die finanzielle Stabilität und damit für den Wohlstand unserer Stadt – heute und in Zukunft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!